

Harman, Willis W.; Cazes, Bernard; Murakami, Yasusuke

Article — Digitized Version

Probleme der 80er Jahre

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Harman, Willis W.; Cazes, Bernard; Murakami, Yasusuke (1976) : Probleme der 80er Jahre, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 56, Iss. 6, pp. 277-292

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134957>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Probleme der 80er Jahre

Anfang Mai wurde vom HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg das II. Internationale Symposium über „New Problems of Advanced Societies“ abgehalten. Die ersten Referate, die wir in gekürzter Form bringen, standen unter dem Thema „Basic Political, Economic and Social Problems of the 1980's“. Willis W. Harman, Stanford, weist auf die Übergangsprobleme zu einer post-industriellen Gesellschaft hin. Prof. Cazes, Paris, geht auf die besonders in Frankreich intensiv diskutierten Überlegungen ein, daß Europa sich aus der überkommenen internationalen Arbeitsteilung mit Dominanz der USA zugunsten eines europäischen bzw. europäisch-mittelmeerländischen Modells lösen sollte. Prof. Murakami schließlich schildert die japanischen Probleme vor dem Hintergrund relativ abnehmenden Wachstums.

Willis W. Harman

Wachstum, Niedergang oder Metamorphose?

Die wesentlichen gesellschaftspolitischen Probleme der 80er Jahre können auf fünf grundlegende Versäumnisse zurückgeführt werden, unter die die meisten anderen Probleme eingruppiert werden können. Zu diesen Versäumnissen gehören:

die Bewohnbarkeit unseres Planeten zu erhalten und weiterzuentwickeln;

jedem Menschen die Chance zu geben, für die Gesellschaft etwas zu leisten und dafür von ihr anerkannt zu werden;

ein gesellschaftspolitisch verantwortliches Management für die Entwicklung und Anwendung neuer Technologien heranzubilden;

eine gerechtere Verteilung von Macht und Wohlstand herbeizuführen; und

Ziele zu setzen, die in höchstem Maße die Loyalität und das Verantwortungsbewußtsein der Staatsbürger gewinnen.

Das Versäumnis, die Bewohnbarkeit der Erde zu erhalten bzw. weiterzuentwickeln, kann konzeptionell dahingehend interpretiert werden, daß gleichzeitig weltweit eine Erschöpfung

der fossilen Brennstoffe und anderer „wesentlicher“ Energiequellen,

der mineralischen und nicht-mineralischen Ressourcen,

des Frischwassers,

des bebaubaren Bodens und bewohnbaren Raums,

der Kapazität der natürlichen Umwelt, Abfälle zu absorbieren,

der Widerstandsfähigkeit der lebenserhaltenden ökologischen Systeme der Erde in Aussicht steht.

Die Ära nach dem Zweiten Weltkrieg war von einem nie dagewesenen Wachstum in der gesamten industriellen Welt gekennzeichnet. Erstaunlicherweise stieg aber die Pro-Kopf-Produktion von Grundstoffen während dieses Zeitraums nur unwesentlich an. Was sich änderte, waren die produzierten Güterarten und die Art der produktiven Technologien.

Die technologischen Veränderungen auf den amerikanischen Farmen sind in dieser Hinsicht ein Beispiel für eine Entwicklung mit großen sozial- und umweltpolitischen Auswirkungen. Vor diesen Veränderungen durch moderne Technologien war eine Farm ganz einfach ein Ort, wo gewisse biologische Aktivitäten stattfanden. Erntefrüchte entnahmen dem Boden Nährstoffe organischer Natur. Die organischen Bestandteile des Bodens wurden erhalten, indem man pflanzliche und tierische Abfälle dem Boden zurückgab und der in der Luft enthaltene Stickstoff auf natürliche Weise zu einer nutzbaren organischen Substanz umgewandelt wurde. Die ökologischen Zyklen neigten zu einem Gleichgewicht, und bei einiger Sorgfalt konnte die Fruchtbarkeit des Bodens ständig erhalten werden.

Im Gegensatz hierzu ist die moderne Agrarwirtschaft so intensiv, daß sie den natürlichen Vorrat an organischen Nährstoffen erschöpft. Daher werden zunehmend anorganische Düngemittel verwendet, deren Ausschwemmung die Wasserversorgung beeinträchtigt. Die weite Anwendung von Pflanzenschutzmitteln und genetisch gesteuerte Pflanzensorten verändern drastisch die natürliche Ökologie. Betrachtet man schließlich den gesamten Nahrungsmittelproduktionszyklus – von Bodenbearbeitung, Bepflanzung, Kultivierung und Ernten über Abtransport, Bearbeitung, Verpackung, Verteilung und endgültige Zubereitung – werden viel mehr fossile Brennstoffe als Sonnenenergie (für die Photosynthese) für unsere Nahrung verbraucht. Deshalb könnte sich der Trend zur weiteren Industrialisierung der Landwirtschaft als weniger rational als bisher angenommen herausstellen.

Ein weiteres Kennzeichen der Nachkriegstechnologie ist die fortschreitende Substitution von

natürlichen Stoffen durch von der Natur nur relativ schwer abbaubare synthetische Stoffe und von weniger energieintensiven Stoffen durch solche mit hohen Energiekosten. Das Nachkriegswachstum ist weiterhin von einem ständig wachsenden Pro-Kopf-Energieverbrauch gekennzeichnet. Die Substitution menschlicher Arbeit durch andere Energieformen und ihre Nutzung für neue Güter und Dienstleistungen sind zwar Kennzeichen für die gesamte industrielle Ära, in den letzten Jahrzehnten hat jedoch die schnelle Zunahme des Energieverbrauchs eine besondere Bedeutung gewonnen. Trotz vieler Worte über vielversprechende neue Energiequellen ist die langfristige Lösung des Energieversorgungsproblems der USA z. B. sehr unsicher, besonders bei flüssigen Brennstoffen. Kurzfristig werden die Kämpfe um das

Energie-Umwelt-„Trade-off“ erbitterter werden und zu schwerwiegenden Verzögerungen bei Energieversorgungsprojekten führen.

Die zahlreichen und intensiven Wechselwirkungen und gegenseitigen Abhängigkeiten dieser Bereiche zwingen uns dazu, sie als eine Gesamtheit und nicht isoliert zu betrachten. Das Problem liegt nicht darin, daß ein kritischer Mangel in einem bestimmten Bereich unmittelbar droht; selbst wenn das der Fall wäre, würden Substitutionsmöglichkeiten einen Ausweg bieten. Die Schwierigkeit liegt darin, daß *alle* diese interdependenten Faktoren weltweit bestimmten Grenzen unterliegen und frühere Lösungen von Knappheitserscheinungen – geographische Expansion und technologische Entwicklung – in Zukunft keine gleichartige Entlastung versprechen.

Trend zu höherer Arbeitslosigkeit

Das zweite der genannten Versäumnisse besteht in unserer Unfähigkeit, jedem Menschen die Chance zu geben, etwas für die Gesellschaft zu leisten und dafür von ihr anerkannt zu werden. Hierzu gehört mehr als eine vernünftige Vollbeschäftigung. Daß unsere Gesellschaftsstruktur eine ständig wachsende Zahl von Menschen als „überflüssig“ hinstellt, ist das Hauptproblem. Sie werden für die Produktion nicht gebraucht; und sie sind daher im industriellen Denken Außenseiter und unbrauchbar.

In seinem Buch prognostizierte Donald Michael schon Anfang der 60er Jahre, daß die Knappheit von Arbeitsfunktionen zukünftig ein Kernproblem darstellen würde¹⁾. Einige Jahre lang schien es so, als ob diese Warnung nur ein blinder Alarm sei und neue Technologien mehr

Die Autoren
unseres
Zeitgesprächs:

Willis W. Harman ist Direktor des Center for the Study of Social Policy am Stanford Research Institute, Menlo Park, Cal.

Prof. Dr. Bernard Cazes ist Leiter der Abteilung für langfristige Studien des Commissariat Général du Plan in Paris.

Prof. Yasusuke Murakami lehrt Wirtschaftswissenschaften am College of General Education der Universität von Tokio.

¹⁾ Vgl. Donald Michael: *Cybernation The Silent Conquest*, Santa Barbara: Center for the Study of Democratic Institutions 1962.

Arbeitsplätze schaffen als vernichten würden. Aber die neuen durch Umweltverschmutzung und Ressourcenknappheit geschaffenen Bedingungen ändern dies. Die Produktion kann nicht unbegrenzt wachsen, überflüssige Menschen können nicht durch eine ständig expandierende Produktion mit Arbeitsplätzen versorgt werden. Obwohl die Technologie in der Lage ist, dem Menschen lästige Routinearbeiten abzunehmen, hat sie ihm zudem ironischerweise auch das Privileg genommen, eine seinen Geist formende und ihn zufriedenstellende Arbeit zu leisten.

Die Furcht vor einer Arbeitsplatzvernichtung durch fortschreitende Technologien ist keineswegs eine neue Erscheinung. Grundsätzlich bewirkte der Druck industrieller und technologischer Entwicklungen schon in den vergangenen 200 Jahren eine Substitution menschlicher Arbeit durch Maschinen und vernichtete damit Arbeitsplätze. Da man jedoch ständig neue Produkte und Dienstleistungen einführt, wurden neue Arbeitsplätze geschaffen, während alte verschwanden. Jetzt stoßen wir jedoch im Hinblick auf Umweltfragen und Ressourcen auf Grenzen, die uns in die entgegengesetzte Richtung, zu Konservierung und Sparsamkeit, zwingen. Aus diesem Zusammenprall widerstreitender Kräfte resultieren zunehmend unerträgliche „Trade-offs“. Obwohl es für einige Zeit möglich war, diesen Trend zu höherer Arbeitslosigkeit zu verschleiern, wird das Problem „überflüssiger Menschen“ immer schwerwiegender, je mehr sich die Gesellschaft industrialisiert.

Psychologische Folgen

Und Arbeitslosigkeit ist offensichtlich nicht allein ein ökonomisches Problem. In einer modernen Gesellschaft, in der die Produktivität eines Menschen

von seiner Position in einem produktiven Organismus herührt, ist er ohne diesen unproduktiv und erfolglos. Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung gefährden Bürgersinn und Selbstrespekt. Wohlfahrts- oder Einkommenssicherung oder dergleichen können dieses Problem nicht lösen, da die psychologischen Folgen der Arbeitslosigkeit unberücksichtigt bleiben.

Ein Blick in die Zukunft ist wenig ermutigend. Die Arbeitskräfte von morgen werden besser gebildet sein und höhere Anforderungen in Form von interessanten und sinnvollen Arbeitsplätzen stellen, die ihr Bedürfnis nach Herausforderung, Weiterentwicklung und Selbstverwirklichung befriedigen. Viele werden unzufrieden werden, da zu wenige derartige Arbeitsplätze verfügbar sein werden. Diese Probleme scheinen in der Struktur technologisch fortgeschrittener Gesellschaften tief verwurzelt zu sein. Obwohl die aktuelleren Inflation- und Arbeitslosigkeitsprobleme die grundlegendere Unzufriedenheit der Arbeitskräfte aus den Schlagzeilen verdrängen, wird dieses Problem zwangsläufig in absehbarer Zeit zu einer der wichtigsten Sorgen der entwickelten Gesellschaften werden.

Um international wettbewerbsfähig zu bleiben und um diese neuen Arbeitsplätze zu schaffen, sind Regierung und Wirtschaft zu weiteren Produktivitätssteigerungen gezwungen. Das erfordert einen höheren Energieverbrauch (der weitere Umweltschädigung und Ressourcenerschöpfung mit sich bringt) und zunehmende Automation. Offensichtlich führt aber dieser Weg nicht zu einer Lösung des Dilemmas, sondern zu einer Problemverschärfung.

Das nächste fundamentale Versäumnis ist unser Unvermögen, ein gesellschaftspolitisch verantwortliches Management für die Entwicklung und Anwen-

dung neuer Technologien heranzubilden. Vor nur wenigen Jahren schien technologischer Fortschritt fast ein Synonym für „Zivilisation“ zu sein. Allgemein wurde technologischer Wandel als ein wesentliches Element wirtschaftlicher Entwicklung betrachtet. Wirtschaftswachstum hängt von Produktivitätsgewinnen ab, die anscheinend nur durch neues Wissen und neue Technologien erzielt werden können.

Pathogener technologischer Imperativ

Etwas plötzlich, im letzten Drittel dieses Jahrhunderts, trat eine Ernüchterung gegenüber dem ungehemmten Einsatz von Technologien ein; die Menschen forderten mehr Zurückhaltung und soziale Verantwortung. Während früher technischer Fortschritt für eine unwiderstehliche Kraft gehalten wurde, die unbezweifelbare Vorteile und sozialen Fortschritt mit sich brachte, schien nun eine neue Alternative möglich – die Ablehnung von Technologien wegen ihrer unerwünschten sozialen Folgen. Viele soziale Probleme werden nun als ein direktes Ergebnis des „technologischen Imperativs“ angesehen, nach dem eine Technologie, wenn sie für ein Individuum oder eine Gesellschaft profitabel war oder die Kriegstüchtigkeit des Staates förderte, entwickelt und angewendet werden sollte. Dies führte dazu, daß negative Effekte der Technologie – Verschmutzung von Flüssen, Gefährdung von Tierarten, Sicherheitsrisiken, unerwünschte soziale Auswirkungen, Rüstungswettlauf – ein unerträgliches Niveau erreichten, ehe ernstzunehmende Versuche, die Situation zu korrigieren, unternommen wurden.

Mit Hilfe von Wissenschaft und Technologie haben fortgeschrittene Gesellschaften schon jetzt oder doch bald die Macht,

unbegrenzt unsere physische

Umwelt sowie die Pflanzen- und Tierwelt zu verändern;

unbegrenzt die physischen Eigenschaften menschlicher Körper und die Evolution der menschlichen Rasse durch biologische und genetische Manipulation zu modifizieren;

die soziale und psychologische Umwelt der Menschheit, einschließlich der geistigen und emotionellen Eigenschaften der Menschen, drastisch zu verändern;

mit Massenvernichtungswaffen große Teile der menschlichen Rasse auszurotten und weite Gebiete zu zerstören;

auf vielerlei andere Arten die Welt, die sie der nächsten Generation übergeben, entscheidend zu verändern.

Diese Kräfte sind so schrecklich und ungeheuerlich, daß sie offensichtlich gelenkt, kanalisiert und kontrolliert werden müssen. Die seit langem dem technologisch-industriellen Vorwärtstrend inhärente Prämisse, daß jede entwickelbare Technologie auch angewendet werden sollte — der „technologische Imperativ“ —, erweist sich nun letztlich als pathogen.

Gegenwärtige Versuche, dieses Problem durch Anwendung einer Technologiebewertung zu lösen, stoßen auf wenigstens zwei Schwierigkeiten. Erstens, selbst wenn eine kompetente Bewertung erstellt wird, mißtraut ihr die Öffentlichkeit häufig. Zweitens entsteht ein noch fundamentaleres Dilemma im Hinblick auf Technologiekontrollen, weil nicht klar ist, ob mehr Kontrolle neuer Technologien möglich ist (z. B. wer könnte welche Technologien mit welchen zukünftigen Wirkungen auf die Gesellschaft entwickeln und anwenden), ohne ernstlich fundamentale Aspekte der privaten Wirtschaft und unserer demokratischen Gesellschaft zu gefährden.

Viertens versäumen wir als fortgeschrittene industrielle Staaten, eine gerechtere Verteilung von Macht und Wohlstand sowohl innerhalb als auch zwischen den Staaten herbeizuführen. Grundsätzlich beinhaltet jede nur denkbare Gesellschaftsform eine Labilität der Machtverhältnisse. Diejenigen, die Wissen, physische, politische oder wirtschaftliche Macht besitzen, sind in der Lage, noch mehr zu gewinnen, während die Unwissenden oder Machtlosen geringere Chancen dazu haben. Weil dieses Ungleichgewicht letztlich die Gesellschaftsstruktur zerstören kann, mußte jede stabile Gesellschaft ein Gegenmittel finden. Hierzu gehört auch irgendeine Form legitimen Zwanges. In jedem Falle verhindert eine Art Mechanismus die Tendenz der Macht, sich unbegrenzt zu vermehren.

In modernen industriellen Demokratien wird diese Tendenz durch Maßnahmen zur Förderung der Chancengleichheit und sozialökonomischen Mobilität, verstärkt durch mannigfache Kontrollmaßnahmen, in Schach gehalten. Aber diese Mechanismen reichen für eine gerechtere Güterverteilung nicht aus.

Noch schwerwiegender ist, daß die fortgeschrittenen Industriestaaten kein Mittel für eine gerechtere Verteilung der globalen Ressourcen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern fanden. Der Keim eines weltweiten Konfliktes liegt in der enormen und noch wachsenden Ungleichheit zwischen reichen und armen Völkern.

Mangel an Verantwortungsbewußtsein

Das letzte fundamentale Versäumnis ist der Mangel an Zielsetzungen, die in höchstem Maße die Loyalität und das Verantwortungsbewußtsein der Staatsbürger gewinnen. Hieraus ergeben sich Entfremdungsprozesse bei Jugendlichen, Frauen und Mino-

ritäten, zunehmender Mangel an Vertrauen in die Institutionen, wachsender Drogenmißbrauch, Geisteskrankheiten, Verbrechen und Selbstmorde.

Jede Gesellschaft hat ihre Leitgedanken, Zielsetzungen, die ihre Bürger verstehen und unterstützen und die ihren gesellschaftlichen Bindungen einen Sinn geben — ein „zentrales Ziel“ nach der Formulierung des amerikanischen Soziologen Amatai Etzioni. Das die industrielle Ära beherrschende Ziel war materieller, besonders technologischer Fortschritt. Jahrzehntelang dachte z. B. Amerika über die Zukunft äußerst positiv und erwartete ständigen und unvermeidlichen materiellen Fortschritt.

Aber dieses Zukunftsbild hat sich überlebt. Materieller Fortschritt, das zentrale Ziel der industriellen Gesellschaft, führte zu Umweltverschmutzung, Energiemangel und den Problemen eines unkontrollierten Wachstums. Überfluß und Muße wurden zwar gewonnen, wurden aber von anhaltender Arbeitslosigkeit und Unzufriedenheit der Arbeiter begleitet. Die Erwartung technologischer Wunder wich den Problemen einer kontrollierten Technologie. Der steigende Lebensstandard wurde zur Zurschaustellung der wohlgenährten Wenigen und hungernden Vielen.

Zweifel am Paradigma des Industriezeitalters

Wir alle sind uns seit langem dieser Probleme bewußt. Und wir wissen auch, daß direkte Maßnahmen zu ihrer Lösung im großen und ganzen erfolglos waren und oft unerwartete und unerwünschte Folgen hatten. Die Gründe für diese Fehlschläge könnten systemimmanent sein. Die Probleme scheinen Symptome zugrundeliegender Bedingungen zu sein, die fundamentaler und schwieriger Natur sind. Wenn sich die Behandlung auf

die Beseitigung eines Symptoms konzentrierte, verschlimmerte sie oft ein anderes. Dementsprechend ist es kein Zufall, daß geplante soziale Maßnahmen Resultate brachten, die genau das Gegenteil von dem waren, was ihre wohlmeinenden Urheber beabsichtigten.

Alle diese Beobachtungen deuten darauf hin, daß es eine zweite Ebene gibt, von der aus man das Übel der Gesellschaft betrachten muß. Dementsprechend argumentieren einige Analytiker, daß die liberalen Programme der 60er Jahre für die Problembewältigung in sich brüchig sind — daß das Elend der Armen, die Gewalttaten der sozial Benachteiligten, die Verschwendung natürlicher Ressourcen und die Verwüstung der Umwelt nur durch eine grund-

legende strukturelle Reform der Gesellschaft selber gemildert werden können. Nach diesen Analytikern sind die Probleme der Gesellschaft auf der Ebene ihrer grundlegenden Institutionen zu finden, ihrer inhärenten Verteilung von wirtschaftlicher und politischer Macht und bei den gesellschaftlichen Rollen, die man die Menschen zu spielen lehrte. Sie argumentieren, daß lebensfähige Lösungen an diesen fundamentalen Ebenen ansetzen müssen.

Eine weitere Gruppe von Analytikern sieht die endgültige Problemlösung in einer noch grundsätzlicheren Transformation der Gesellschaft. Nach ihnen gibt es eine dritte noch fundamentalere Ebene für die Betrachtung der gesellschaftlichen Probleme — unterhalb der Ebenen der Institu-

tionen und des Rollenverständnisses. Zu dieser Ebene gehören die grundlegendsten Annahmen, Haltungen und Werte, an denen sich die Menschen orientieren und die in der Kultur institutionalisiert sind. Wenn dieser Teil der gesellschaftlichen Struktur nicht mehr mit der Realität übereinstimmt und damit zu Bedingungen führt, die für die Gesellschaft nach ihren eigenen Maßstäben unerträglich sind, dann droht eine fundamentale Krise. In einem solchen Fall scheint eine schwierige und gründliche Transmutation der einzige Weg, durch den die komplizierten, engmaschig verwobenen gesellschaftlichen Probleme zufriedenstellend gelöst werden können.

Für eine weitere Sondierung des Begriffs einer fundamentalen Transformation der Gesell-



Warum es überdurchschnittliche Autos geben muß.

Die S-Klasse von Mercedes-Benz.

Autofahrer sind im Schnitt
14.500 km pro Jahr unterwegs.
Mercedesfahrer fast das Doppelte.
Sie brauchen daher
überdurchschnittlich viel Komfort,
Sicherheit und Perfektion.
Also kommt für sie ein durchschnittliches
Auto kaum in Betracht.



Mercedes-Benz. Ihr guter Stern auf allen Straßen.

schaft ist die Einführung des Terminus „dominierendes Paradigma“ von Nutzen. Ursprünglich einfach ein Synonym für „Muster“ oder „Modell“ hat das Wort „Paradigma“ eine speziellere Bedeutung angenommen, seit T. S. Kuhn es verwendete.²⁾ Danach wenden wir den Terminus „dominierendes Paradigma“ dann an, wenn wir uns auf die Grundlagen des Wahrnehmens, Denkens, Bewertens und Handelns verbunden mit einer besonderen Vision der Realität beziehen.

Prämissen der industriellen Ära

Rückblickend können wir feststellen, daß unser gegenwärtiges westliches Paradigma des industriellen Zeitalters bereits vor einigen Jahrhunderten seine Dominanz zu gewinnen begann. Seitdem wirkte es wesentlich auf alle Aspekte der westlichen Gesellschaft und Japans ein und beeinflusste entscheidend auch die übrige Welt. Dieses Paradigma unterscheidet sich scharf von dem dominanten Paradigma des europäischen Mittelalters. Kennzeichnend für das Paradigma der industriellen Ära sind die folgenden Prämissen:

daß die Menschen in erster Linie durch den Wunsch nach dem Erwerb materieller Güter motiviert werden und daß der Überfluß Erfüllung bringt; diese Prämisse setzt voraus, daß jede Gesellschaft nach einem ständig wachsenden Lebensstandard streben sollte; sie führt zu dem Ergebnis, daß die individuelle Identität eines Menschen und sein Erfolg im Leben an seinem materiellen Besitz und/oder seinem beruflichen Status gemessen werden;

daß auf ihrer Suche nach materiellem Wohlstand die Menschen berechtigt sind, sowohl Natur als auch Mitmenschen nach ihrer Nützlichkeit zu beur-

teilen; deshalb wird die Natur als etwas vom Menschen Abgesondertes gesehen, das für seine Zwecke manipuliert und ausgenutzt werden kann; die Mitglieder der Gesellschaft stehen miteinander im Wettbewerb um materielle Gewinne und glauben damit, dem Allgemeinwohl zu dienen;

daß höchstes Wissen auf Empirismus und Rationalität basiert, wie die wissenschaftliche Methodik beweise; Wissenschaft und Technologie sind nach dieser Ansicht so eng verbunden, daß die wissenschaftliche Suche nach Wissen überwiegend utilitaristisch ist – mit Prognose- und Kontrollmöglichkeiten als Leitwerten und technologischem Fortschritt als Ziel; das führt zu dem „technologischen Imperativ“, daß jede Technologie, die möglich ist, auch ipso facto notwendig und wünschenswert sein muß;

daß der beste Weg zur Verwirklichung der Ziele der Gesellschaft über die Industrialisierung der Güterproduktion und Dienstleistungen führt; dazu gehören Organisation und Unterteilung von Arbeitsvorgängen in zunehmend vereinfachte (und in sich weniger bedeutende) Bestandteile und der Ersatz menschlicher Arbeit durch Maschinen.

Um noch einmal das bisher Gesagte kurz zusammenzufassen, so scheint zu gelten, daß

das grundlegende Paradigma, das das Industriezeitalter dominierte (d. h. Betonung des Individualismus, des freien Unternehmertums und des materiellen Fortschrittes; wobei die soziale Verantwortung hauptsächlich Sache der Regierung ist, usw.)

und zu dem das Streben nach Zielen wie Effizienz, Produktivität, fortgesetztes Wachstum von Produktion und Konsum sowie nach technologischer und Manipulationsmacht gehört,

zu Prozessen und Sachlagen geführt hat (z. B. schärfster Trennung von gewöhnlicher Arbeit und Spezialistentum, Verbrauchsstimulierung, geplanter Verschleiß und Verschwendung, Ausbeutung der Allgemeinheit gehörender Ressourcen, Entfremdung der Menschen von der Gemeinschaft, der Natur usw.),

die schließlich den humanen Bedürfnissen entgegenwirkt (z. B. Bereicherung des Arbeitslebens, Ressourcenkonservierung, Verbesserung der Umwelt, gerechte Verteilung der globaler Ressourcen).

Das Resultat ist eine Kulturkrise großen Ausmaßes – eine wachsende und massive Herausforderung an die Legitimität des gegenwärtigen industriellen Systems.

Elemente eines neuen Paradigmas

Falls die hier diskutierten Probleme ein Ergebnis grundlegender Widersprüche zwischen den Elementen des Paradigmas der industriellen Ära und den gegenwärtigen sozialen und umweltbedingten Zusammenhängern sind, dann bedarf eine Lösung dieser Probleme eines Übergangs zu einem neuen Paradigma, das diese Widersprüche überwinden kann.

Obwohl eine Transformierung des Paradigmas der industriellen Ära problematisch und die exakte Formulierung des neuer Paradigmas sogar noch unsicherer ist, kann es von Nutzen sein den Charakter eines „trans-industriellen“ Paradigmas zu postulieren, das dazu beitragen könnte, einige unserer schmerzlichsten Dilemmas aufzulösen. Die folgenden Elemente könnten dieses Paradigma ausmachen:

Ein Gleichgewicht und eine Koordinierung befriedigender Lebensumstände ist in vielerlei Hinsicht notwendiger als eine Nutzenmaximierung in einer eng definierten Richtung. Dieser Ge-

²⁾ Vgl. Thomas S. Kuhn: *The Structure of Scientific Revolutions*, 2. Aufl., Chicago: University of Chicago, 1970.

danke stammt aus der Ökologie- und allgemeinen Systemtheorie (aber ebenso aus den Weisheitskonzeptionen verschiedener Kulturen) und bietet ein notwendiges Korrektiv für das unzureichende Ziel materiellen Überflusses, das das Entstehen der Nationalökonomie und anderer Wissenschaften in unserer industriellen Gesellschaft begleitete. Eine Ethik der Selbstverwirklichung würde entstehen und die Entwicklung des Individuums in allen Aspekten seines Lebens, und nicht nur die ökonomische Seite, betonen. Miteinbegriffen ist die Forderung, daß es die eigentliche Aufgabe gesellschaftlicher Institutionen ist, eine Umwelt zu schaffen, die diese Entwicklung fördert. Selbstverwirklichung wird ein notwendiges Motiv für die Umstrukturierung der gesellschaftlichen Institutionen sein, um den fundamentalen Wunsch des Individuums nach Selbstbestimmung und sein Streben nach einer vollen und anerkannten Rolle in der Gesellschaft zu erfüllen.

Wenn der Mensch sich mit der gesamten Natur identifiziert, wenn er erkennt, daß er eins ist mit der allumfassenden Gemeinschaft, die unser Planet mit allen seinen Lebensformen und seinen gewaltigen Evolutionsprozessen im Laufe der Zeiten darstellt, wird er sich zur *ökologischen Ethik* hingezogen fühlen, die seine eigenen Interessen mit denen seiner Mitmenschen, den zukünftigen Generationen und allem Leben auf der Erde verbindet. Eine derartige ökologische Ethik erkennt Einschränkungen gegenüber verfügbaren

Ressourcen, einschließlich des Raumes, an und weiß, daß der Mensch ein integrierter Bestandteil der Natur, untrennbar von ihr und ihren Gesetzen, ist. Der Mensch muß als Partner der Natur dazu beitragen, die komplexen lebenserhaltenden Systeme unseres Planeten zu schützen, mit den Ressourcen hauszuhalten, die ökologischen Verhältnisse nur weise zu modifizieren, befriedigende Recycling-Mechanismen zu schaffen in Harmonie mit den naturgegebenen und ein neues gleichgewichtiges wirtschaftsökologisches System herbeizuführen, wo die Unterscheidung zwischen gesunden und krebsartigen Wachstumsprozessen leichter ist. Obwohl diese Ethik die Notwendigkeit eines gewissen gesunden Wettbewerbs für alle Gesellschaften anerkennt, stellt sie die Bedeutung der Kooperation als erstes Organisationsprinzip lebensfähiger Kulturen wieder heraus.

Eine Transformierung des Paradigmas der industriellen Ära setzt eine neue Einstellung gegenüber dem menschlichen Wissen voraus. Die Wissenschaft darf nicht mehr eine weite Skala menschlicher Erfahrungen Religion und Literatur überlassen. Sie wird in ihrer Methodologie und in ihrer Definition dessen, was zum Wissen gehört, eklektisch vorgehen müssen. Das kontrollierte Experiment wird nicht mehr für den einzigen Weg zur Offenbarung der Wahrheit gehalten werden. Das neue Wissens-Paradigma wird aufgeschlossen sein gegenüber einer gewissen Systematisierung subjektiver Erfahrungen – einer Do-

mäne, die bisher weitgehend Literatur und Religion überlassen war. Die Wissenschaft wird eine jeglicher Partizipation offene Forschung pflegen, d. h. die Dichotomie zwischen Beobachter und Beobachteten, Forscher und Forschungsgegenstand reduzieren. Wissenschaft wird eher ein moralisches Forschen im Sinne einer Untersuchung sein, welche Werte dem Menschen moralisch heilsam sind, als ein „wertfreies“ Forschen. Herausstellen wird sie ein Prinzip der Komplementarität oder Aussöhnung von „Gegensätzen“ wie freier Wille und Determinismus, Materialismus und transzendente Philosophie, Wissenschaft und Religion. Zum neuen Wissens-Paradigma wird auch eine Konzeption von den Bewußtseins-ebenen gehören, d. h. Ebenen subjektiver Erfahrung, und zwar derart, daß einer Ebene angemessene Konzeptionen und Erfahrungen nicht notwendigerweise zu einer anderen Ebene passen. Deshalb wird dieses Paradigma eine viel vereinheitlichtere Schau menschlicher Erfahrungen zulassen, die jetzt in so verschiedene Kategorien wie z. B. „Kreativität“, „Intuition“, „Mystik“, „psychische Phänomene“ und „religiöse Erfahrung“ eingeteilt sind.

Den eben angedeuteten neuen Zielsetzungen entspricht am besten eine „lernende und planende Gesellschaft“, deren zentrale Aufgaben darin bestehen würden,

die individuelle Entwicklung zu Bewußtheit, Kreativität, An-

KONJUNKTUR VON MORGEN

Der vierzehntäglich erscheinende Kurzbericht des HWWA - Institut für Wirtschaftsforschung - Hamburg über die Binnen- und Weltkonjunktur und die Rohstoffmärkte

VERLAG WELTARCHIV GMBH - HAMBURG

passungsfähigkeit, Wißbegierde, Staunen und Liebe zu fördern;

gesellschaftliche Institutionen für die wirksame Förderung dieser individuellen Entwicklung zu schaffen; und

als Partner der Natur an der weiteren Entwicklung des Menschen teilzunehmen. Zu der lernenden und planenden Gesellschaft gehört die Ablösung der protestantischen, zwingenden Arbeitsethik durch eine kreative Arbeitsethik — die wir Arbeits-Lern-Spiel-Ethik nennen könnten.

Ernüchternd ist die Aussicht auf das Durchleben einer ununterbrochenen gesellschaftlichen Umbruchperiode. Die Geschichte gibt uns nur geringen Anlaß zu der Hoffnung, daß wir ungeschoren davonkommen könnten — ohne wirtschaftlichen Niedergang, politische und gesellschaftliche Zerreißproben und schlimmeres menschliches Leid. Eine Periode des Chaos scheint unvermeidlich, wenn die machtvolle Triebkraft des industriellen Zeitalters eine neue Richtung einschlägt und die ver-

schiedenartigen Glieder und Institutionen der Gesellschaft unterschiedlich schnell darauf reagieren. Entscheidend ist eine richtige Interpretation dieser Verwirrungen. Gestalt — und Erfolg — der Politiken und Aktionen der Gesellschaft werden zum großen Teil davon abhängen, ob diese Zerreißproben als notwendige Etappen des Wandels zu einem brauchbaren System erkannt und für unberechenbar und im wesentlichen destruktiv gehalten werden.

Bernard Cazés

Internationale Dimensionen des europäischen Wachstums

Es besteht weitgehende Einigkeit darüber, daß die Wachstumsraten, die die westlichen Volkswirtschaften in den letzten beiden Jahrzehnten erreichten, entscheidend von der anhaltenden Expansion des Welthandels abhängen und daß umgekehrt die Absatzchancen im Außenhandel um so besser sind, je schneller das Bruttosozialprodukt wächst. Diese positive Verknüpfung war das Ergebnis der wechselseitigen Beziehungen zwischen verschiedenen strukturellen Faktoren, die das System der internationalen Wirtschaftsbeziehungen der fünfziger und sechziger Jahre bestimmten¹⁾. Zu diesen Faktoren gehörte die Führungsrolle der USA, die dazu eingesetzt wurde, im Laufe der Zeit eine Reihe von Regelungen einzuführen, die den freien Handel förderten; ferner die Abhängigkeit der wichtigsten Wirtschaftspartner der USA — Westdeutschland und Japan — von amerikanischem Schutz sowie die Tatsache, daß sich die Transaktionen innerhalb der westlichen Welt im Rahmen eines ununter-

brochenen Wirtschaftswachstums entwickelten, das es den einzelnen Ländern erleichterte, Übergangsschwierigkeiten aufgrund der ausländischen Konkurrenz zu überwinden. Alles in allem setzte sich im „Club“ der fortgeschrittenen Industrieländer eine Art Wirtschaftsdiplomatie durch, die von der wachsenden Erkenntnis ausging, daß die einzelnen Mitgliedstaaten durch einen übermäßigen Gebrauch ihrer souveränen Rechte auf Kosten des Nachbarn selbst mehr zu verlieren als zu gewinnen hatten.

Zerbrechliches Fundament

Das Problem ist, daß dieses neue Verhaltensmuster, das in klarem Gegensatz zu demjenigen steht, das zwischen den Weltkriegen vorherrschte, nicht auf einer emotionalen und/oder ideologischen Basis aufbaut, sondern sich nur aus einer realistischen Einschätzung der

Vor- und Nachteile eines Nullsummenspiels (oder sogar eines Negativsummenspiels) in einer Situation verstärkter gegenseitiger Abhängigkeit ableitet. Dadurch wird es meiner Ansicht nach zu einer zerbrechlichen Er rungenschaft, die in Frage gestellt werden kann, sobald die erwähnten strukturellen Faktoren an Gewicht verlieren und/oder neue, mehr binnenorientierte politische Einflüsse ins Spiel kommen. Verschiedene Anzeichen deuten heute darauf hin, daß eine solche Entwicklung eintreten könnte.

Erstens scheint die Entspannungspolitik im Rahmen der Ost-West-Beziehungen die westlichen Regierungen zu der Ansicht gebracht zu haben, daß Sicherheitserwägungen vor zweitrangiger Bedeutung seien zumindest werden sie nicht der wirtschaftlichen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Allianz vorangestellt.

Zweitens werden diejenigen europäischen Länder, die sich erheblicher Arbeitslosigkeit un-

¹⁾ Vgl. Shonfields klare Analyse dieser Faktoren in A. Shonfield (Hrsg.): *International Economic Relations of the Western World*, Vol. I, Oxford 1976, S. 122 ff., sowie in „Playing it by the Rule-Book“, in: *Financial Times* vom 19. 3. 1976.

Zahlungsbilanzproblemen gegenübersehen, versucht sein, Zuflucht zu Importkontrollen, Abwertungswettläufen und kostspieligen Importsubstitutionsmaßnahmen zu nehmen, um ihr Unvermögen, die in ihren Ländern herrschende Faktorkostenentwicklung durch eine entsprechende Einkommenspolitik zu beeinflussen, zu kompensieren.

□ Drittens – und dies scheint am wichtigsten zu sein – gibt es in Europa verschiedene Lehrmeinungen, deren Ansichten über die Gestaltung der internationalen wirtschaftlichen Umwelt sich deutlich von den während der beiden letzten Jahrzehnte vorherrschenden Meinungen unterscheiden. Teilweise sind deren Vertreter auf der politischen Linken angesiedelt, es finden sich unter ihnen auch „gaullistische“ Elemente und das Gedankengut des Club of Rome (oder, wenn man will, „mondialistische“ Ideen).

Desintegrationstendenzen

Die zwei wichtigsten Unterschiede zwischen diesen Lehrmeinungen und den früher vorherrschenden Ansichten resultieren erstens aus den angeblichen Änderungen, die sich hinsichtlich der geographischen Verteilung der Wachstumsgebiete der Welt anbahnen, und zweitens aus einer anderen Vorstellung über die gegenseitige Abhängigkeit. Nach diesen neuen Ansichten besagt der erste Punkt,

□ daß die alten Industrieländer nicht mehr die Länder mit den besten Wachstumsraten seien. Hierfür werden verschiedene Gründe angeführt, darunter die zunehmend ungünstiger werdenden Terms of Trade zwischen verarbeiteten Gütern und Rohstoffen, die gesättigte Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern, die aufgrund des Umweltschutzes steigenden Produktionskosten usw. Die einzige Hoffnung der gegenwärtig ent-

wickelten Länder, ein gewisses Wachstumspotential beizubehalten, läge daher in der Nutzbarmachung der vielversprechenden Möglichkeiten, die von den „Mittelklasse“-Ländern der Dritten Welt²⁾, vor allem den ölproduzierenden Staaten, geboten werden. Neue Handelsstrukturen würden sich dabei durch bilaterale Handelsabkommen zwischen einzelnen Staaten ergeben, in deren Rahmen die entwickelten Länder ihren Rohstoffbedarf im Austausch gegen Exporte von hochentwickelten Maschinen und Ingenieurleistungen befriedigen könnten. Einigen extremen Varianten wie dem sogenannten „Mittelmeer-Europa“-Modell zufolge würden sich diese präferenziellen Handels- und Investitionsbeziehungen zwischen Ländern der gleichen politischen Richtung bilden, während die früheren Bindungen an die „Zitadelle des Kapitalismus“ und seine europäischen Vorposten, wie z. B. Westdeutschland, gelöst würden³⁾.

□ Hinsichtlich des zweiten Punktes wird zwar eingeräumt, daß die wirtschaftliche Abhängigkeit ein entscheidendes Problem ist, die Betonung wird aber eindeutig nicht auf Öl und andere nicht reproduzierbare Materialien gelegt, entweder weil es politisch ungeschickt wäre zuzugeben, daß die sogenannten anti-imperialistischen Länder sich auf eine wirtschaftliche Erpressung einlassen könnten, oder weil man erwartet, daß diese Schwierigkeiten durch bilaterale Abkommen und/oder durch alternative Energiequellen (besonders Wind- oder Sonnenenergie) behoben werden könnten. Die europäische Abhängigkeit von bestimmten Rohstoffimporten, besonders Holzzell-

stoffen und – natürlich – Futterproteinen aus den USA (Soja) wird zwar gelegentlich betont; hier handelt es sich aber um einen Bereich, in dem politische und neo-merkantilistische Erwägungen so untrennbar miteinander verquickt sind, daß es sehr schwierig ist – etwa wie im Falle des VII. Französischen Plans (1976–80) – zu beurteilen, ob nun Importsubstitutionsmaßnahmen befürwortet werden, um den eigenen politischen Hebel bei internationalen Gegensätzen zu verstärken, um (durch eine de-facto-„Rohstoffabwertung“) Devisen zu sparen, oder einfach, um früher vernachlässigte Investitionsmöglichkeiten wahrzunehmen.

Der Aspekt, auf den im Zusammenhang mit der Abhängigkeit am häufigsten hingewiesen wird, bezieht sich auf hochentwickelte Technologien mit den beiden Dimensionen ihrer Anfälligkeit und der „Helotisierung“. Die Anfälligkeit bezieht sich auf die Schäden, die das Anbieterland seinen Partnern durch beliebige Lieferunterbrechungen oder durch willkürliche Festsetzungen von Preisen und anderen Lieferbedingungen ungestraft zufügen kann. „Helotisierung“ ist mein eigener Ausdruck. Er soll die Befürchtung umschreiben, die man in Büchern wie Servan-Schreibers „Die amerikanische Herausforderung“ ausgedrückt findet und derzufolge ein Land, das darauf verzichtet, technologisch hochentwickelte Maschinen herzustellen, seine Wissenschaftler der Möglichkeit des „learning by doing“ beraubt und sich am Ende zu einer immer stärkeren Spezialisierung auf Produktionsbereiche mit niedriger Wertschöpfung gezwungen sieht.

Vernachlässigte Elemente

Welche psychische Befriedigung oder kurzfristigen innenpolitischen Vorteile diese Vorstellungen von der Gestaltung der internationalen Beziehungen

²⁾ Seltsamerweise werden die Ostblockländer, die Anfang der 50er Jahre für recht interessante Wirtschaftspartner (oder sogar für gefährliche Konkurrenten der kapitalistischen Welt) gehalten wurden, heute eher separat betrachtet, im Gegensatz zu den USA, wo in die Ost-West-Handelsbeziehungen hohe Erwartungen gesetzt werden.

³⁾ Vgl. Nouvel Observateur (1975), Sonderausgabe zur Weltkrise.

ihren Anhängern auch bringen mögen, m. E. gibt es gute Gründe zu bezweifeln, daß ihre Befolgung eine merkliche Verbesserung der geo-politischen Position Europas mit sich bringen könnte.

Im Hinblick auf die Struktur der internationalen Beziehungen vernachlässigt dieser binnenorientierte Ansatz ein entscheidendes Element: nämlich die Art des wirtschaftlichen Spezialisierungsprozesses, der nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgte. Nach der konventionellen Wirtschaftstheorie findet zwar der Handel zwischen ungleichen Ländern statt, die entsprechend ihrer Faktorausstattung ungleiche Güter austauschen. Dies entspricht Ricardos wohlbekanntem Beispiel vom Austausch portugiesischen Portweins gegen englische Wolle. Der Außenhandel der westlichen Länder bietet aber ein ganz anderes Bild. Hier nahm der Handel am schnellsten zwischen gleichen Ländern, d. h. hochentwickelten Industrieländern, zu. Außerdem ging es meist um gleichartige Güter in dem Sinne, daß die internationale Spezialisierung sich innerhalb der einzelnen Branchen und Produktgruppen abspielte, während man eine gröbere, weniger feinkörnige Intra-Branchenstruktur erwartet hätte⁴⁾.

Dieser contra-intuitive Prozeß ist Ausdruck der neuen Produktions- und Verbrauchsbedingungen in hochentwickelten Marktwirtschaften mit ihrer typischen Kombination von Produktdifferenzierung und diskretionärem Ausgabeverhalten. Die Hersteller versuchen gemeinsam, zwei Arten von Nachfrage zu decken, die Henner und Lassudrie-Duchene als „la demande de spécificité“ der Firmen, die nach

⁴⁾ H. Henner: La spécialisation internationale de l'économie française, Revue Economique, No. 1, 1976; ders. und B. Lassudrie-Duchene: Les Tendances actuelles de la commercialisation internationale, in: Chroniques SEDEIS, Nr. 2, 1976; A. Shonfield: International Economic Relations of the Western World, a.a.O., S. 107, 121-123.

neuen und besseren Maschinen Ausschau halten, und als „la demande de différence“ der Verbraucher, die an neuen und besseren Konsumgütern interessiert sind, bezeichnen. Die Tatsache, daß ein zunehmender Teil dieser beiden Arten von Nachfrage durch den internationalen Handel befriedigt wurde, erwies sich — wenn auch in unterschiedlichem Maße⁵⁾ — als günstig für das Wachstumspotential aller entwickelten Länder. Denn hierdurch wurden stark einkommenselastische Produktionsbereiche geschaffen, die außerdem von den mit den expandierenden Auslandsmärkten verbundenen Kostenvorteilen der Massenproduktion profitieren konnten.

Akzeptierung der Abhängigkeit

Der entscheidende Sinn dieser anscheinend rein technischen Diskussion liegt in der Erkenntnis, daß der gewaltige wirtschaftliche Fortschritt, den Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg erzielte, zu einem erheblichen Teil auf diese Art nicht-ricardianischer Spezialisierung zurückzuführen ist⁶⁾. Aus diesem Spezialisierungsprozeß auszuscheiden, würde daher für Europa einen realen Wohlfahrtsverlust zur Folge haben, da kein bilaterales Handelsabkommen und keine „Kooperationsbindungen“ an nicht-westliche Wirtschaftsgebiete in der Lage wären, von sich aus ebenso anspornende Bedingungen zu schaffen. Denn per definitione würden ihnen die beiden Antriebskräfte fehlen, die diesem feingliederten Netz internationaler Transaktionen zugrunde liegen: das Geschäft mit neuen Technologien und das diskretionäre private Einkommen⁷⁾. Diese Erkenntnis gilt übrigens auch für die Entwicklungsländer,

⁵⁾ Vgl. G. Lafay: Spécialisations et croissances comparées des économies occidentales, Groupe d'Etudes Prospectives Internationales, Paris 1976, vervielfältigtes Manuskript.

⁶⁾ Ders., a.a.O.

und dies um so stärker, als sie mehr zu verlieren haben, wenn sie außerhalb des Netzes der internationalen Arbeitsteilung bleiben, das der „Club“ der entwickelten Länder vor 20 Jahren geschaffen hat.

Wenn wir die Kehrseite der wirtschaftlichen Verflechtung, nämlich den Grad der Abhängigkeit, der für und innerhalb Westeuropas vorausgesehen ist oder geplant werden dürfte, betrachten, so sollten wir uns zunächst daran erinnern, daß Europa seinen jetzigen wirtschaftlichen Status nicht durch den Versuch erreicht hat, seinen Selbstversorgungsgrad zu erhöhen, sondern indem es ein beträchtliches Maß an Abhängigkeit von außen akzeptierte — teilweise sogar trotz seines Strebens nach mehr Autonomie. Die Haupterrungenschaft des Gemeinsamen Marktes besteht in der erheblichen Ausweitung des innergemeinschaftlichen Handels aufgrund des fast völligen Abbaus der Hindernisse für den freien Warenverkehr. Die Gemeinsame Agrarpolitik war bestenfalls neutral, da der Wohlfahrtsgewinn für die europäischen Landwirte durch die Anhäufung von Vorräten landwirtschaftlicher Produkte ausgeglichen wurde, die von Zeit zu Zeit mit Verlust losgeschlagen werden müssen. Die vom Geist der sogenannten europäischen Zusammenarbeit inspirierten Sonderprojekte waren, um es milde auszudrücken, nicht übertrieben erfolgreich, und man könnte der Ansicht sein, daß durch einige von ihnen knappe technologische Ressourcen gebunden wurden, die sich in wirtschaftlich soliden Vorhaben wirksamer hätten einsetzen lassen.

Nimmt man einmal an, daß es für Europa im internationalen

⁷⁾ Selbstverständlich kann man diese beiden Motoren des Wirtschaftswachstums aus ethischen Gründen ablehnen, muß dann aber die Folgen dieser Wahl akzeptieren. Ersetzt man Marktentscheidungen durch Regierungsentscheidungen, so nimmt man Wachstumsverluste im Austausch für nicht-spezifizierbare Wohlfahrtsgewinne in Kauf.

Rahmen das wichtigste Ziel ist, seine frühere wirtschaftliche Kraft so schnell wie möglich wiederzuerlangen, um sie dann in die gewünschte Art von internationalem Einfluß ummünzen zu können, dann ist der richtige Weg hierzu, in dem feinmaschigen System zu bleiben, von dem in der Vergangenheit so starke Impulse auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ausgingen; dazu gehört auch die Erweiterung des Systems um diejenigen gegenwärtigen Nicht-Mitglieder, die willens und in der Lage sind, darin eine nützliche Rolle zu spielen.

Drei Regeln

Ich bin mir jedoch darüber im klaren, daß wirtschaftliche Unabhängigkeits- bzw. Sicherheits-erwägungen uns noch für eine lange Zeit begleiten werden.

Daher schlage ich drei einfache Regeln vor, bei deren Befolgung wir diesem Problem besser gewachsen sein dürften als bisher:

Jedesmal wenn das Bedürfnis entsteht, sich gegen unvorhersehbare Ereignisse wie Lieferunterbrechungen oder Sprünge in den Preistrends zu versichern, sollte man daran denken, daß eine von mehreren Ländern gemeinsam betriebene Versicherungspolitik billiger wird — dies ist schon ein Gemeinplatz, der sich aber zur Zeit außerhalb der Reichweite des kollektiven europäischen Denkens zu befinden scheint ^{*)}.

Die stark kapitalintensiven und technologisch hochentwick-

^{*)} Ein Beispiel hierfür ist das Patt, zu dem es kürzlich in der EWG in der Frage des Standortes der neuen Kernenergieforschungseinrichtungen kam.

^{*)} Vgl. G. L a f a y , a.a.O.

kelten Sektoren sind zwar prestigeträchtig, in bezug auf Rentabilität und Wachstumsrate der Weltnachfrage, aber nicht unbedingt am aussichtsreichsten ^{*)}.

Unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Unabhängigkeit sowie einer Reorganisation der Industriestrukturen in Richtung auf eine effizientere internationale Arbeitsteilung wird nach verstärkten staatlichen Eingriffen in das Wirtschaftsleben gerufen. Man sollte aber beachten, daß nichts dafür spricht, daß die Regierungen auf dem Gebiet des mikroökonomischen Managements mehr leisten würden als in ihren angestammten Kompetenzbereichen wie Post, Recht und Ordnung oder dem Gesundheitswesen, in denen ihre Leistungen in letzter Zeit nicht gerade sehr eindrucksvoll waren.

Yasusuke Murakami

Japan im kommenden Jahrzehnt

Für Japan waren die vergangenen 20 Jahre durch ökonomische Effizienz und Wachstum gekennzeichnet — es handelte sich um einen „ökonomischen“ Zeitabschnitt. Im Gegensatz zu der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen trifft dies für den größten Teil der Nachkriegszeit und für fast alle fortgeschrittenen Industrienationen zu. Japan war jedoch in seiner naiven Wachstumshörigkeit offenbar das extremste Beispiel.

Die japanische Volkswirtschaft erfuhr ein außerordentlich schnelles Wirtschaftswachstum mit einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate von etwas mehr als 10 % des realen Brutto-

sozialprodukts und erlangte schließlich ein Wohlstandsniveau, das mit dem Westeuropas vergleichbar ist. Eine Reihe jüngerer Ereignisse — das Ende des IWF-Systems, das Umweltproblem, der Ölschock und der schwierige Kampf gegen die Inflation — lassen darauf schließen, daß diese Entwicklung sich jetzt ihrem Ende nähert. Fast alle Anzeichen innerhalb und außerhalb Japans scheinen übereinstimmend darauf hinzuweisen, daß die japanische Gesellschaft in eine neue Phase eintritt, die weniger ökonomisch und vielleicht politischer ist. Das Problem Japans ist in der Tat das aller fortgeschrittenen Gesellschaften, es gibt aber

einige japanische Besonderheiten, auf die näher eingegangen wird.

Im folgenden werden einige Faktoren aufgezeigt, die für eine Voraussage der Entwicklung der japanischen Volkswirtschaft im kommenden Jahrzehnt entscheidend sind. Diese Faktoren geben — für sich genommen und als Ganzes — Anlaß zum Optimismus wie zum Pessimismus.

Verminderung des Wachstumstempos

Darüber, daß sich das Wachstum der japanischen Volkswirtschaft verlangsamen wird, besteht praktisch Einigkeit. Offen

ist nur, wie stark die Verlangsamung sein wird. Die Gründe für die Verlangsamung sind folgende: Das Wachstum der japanischen Ausfuhren wird niedriger sein, und die Terms of Trade werden sich insbesondere wegen der steigenden Ölpreise verschlechtern. Die Kapitalkoeffizienten werden wegen der Substitution knapper Arbeitskräfte und der Nachfrage nach sozialem Infrastrukturkapital einschließlich Umweltschutzeinrichtungen höher sein. Die meisten Schätzungen der jährlichen Wachstumsrate des realen Bruttosozialprodukts liegen zwischen 5 und 8%. Meine eigene Vorhersage, die auf dynamischen Input-Output-Modellen basiert, lehnt sich an die optimistischen Schätzungen an und sagt eine allmähliche Wachstumsverminderung voraus — die mögliche Wachstumsrate wird mindestens 7% 1975, 6% 1980 und 5% 1985 betragen.

Es gibt allerdings auch einige Pessimisten, die ein niedrigeres Wachstumspotential vorhersagen. Sie betonen die Schwierigkeiten, die sich durch die politischen und wirtschaftlichen Forderungen von seiten der Entwicklungsländer, der Umweltschützer und opponierender Einwohner usw. ergeben werden. Dieser Pessimismus ist eher politischer als wirtschaftlicher Art.

Allmählicher Wandel der Industriestruktur

Während der Wachstumsperiode ergaben sich drastische Änderungen in der japanischen Branchenstruktur. So sind einige der wichtigsten Branchen, wie z. B. die Landwirtschaft und der Kohlebergbau, schnell geschrumpft. Künftig werden sich die Änderungen der Industriestruktur wegen des geringeren Wachstums und der wenigen neuen Technologien allerdings sehr viel langsamer vollziehen. Der Agrarsektor wird weiter

schrumpfen. Viele Leichtindustrien einschließlich der Textilindustrie werden aufgrund der zunehmenden Konkurrenz durch die Produkte der sich industrialisierenden Länder um Japan, vor allem Korea, Formosa und Hongkong, ebenfalls abnehmen. Eine schrittweise relative Expansion des Maschinenbausektors kann vorausgesagt werden. Die Möglichkeit einer relativen Expansion des Dienstleistungssektors ist, wie in vielen anderen wohlhabenden Industrieländern, unstritten.

Einige der japanischen Ökonomen sagen eine Abnahme wichtiger Branchen wie der Stahlindustrie, der petrochemischen Industrie usw. nicht nur voraus, sondern wünschen sogar eine Beschleunigung dieses Prozesses. Ihnen schwebt, so scheint es, statt dessen eine höher entwickelte Form der Maschinenbau- und der Dienstleistungsindustrie vor, also weniger Groß- oder Einzelhandel als z. B. Wissens- oder Freizeitindustrie. Ich meine jedoch, daß sich eine solche Höherentwicklung nur sehr langsam innerhalb der einzelnen bestehenden Industrien und nicht im Rahmen eines neuen führenden Wirtschaftssektors vollziehen wird.

Expandierender öffentlicher Sektor

Im Vergleich zu den hohen Wachstumsraten Japans sind die Staatsausgaben niedrig geblieben. Die Steuereinnahmen machen etwa 20% des BSP aus; dieser Prozentsatz ist der niedrigste aller entwickelten Länder. Das soziale Infrastrukturkapital ist im Vergleich zum privaten Kapital klein, und die sozialen Sicherheitsleistungen und andere Transferzahlungen sind geradezu dürftig im Gegensatz zu denjenigen in den anderen fortgeschrittenen Ländern gewesen. In den kommenden Jahren werden daher die Forderungen der Be-

völkerung, vor allem in den Städten, größere staatliche Investitionen für Wohlfahrtseinrichtungen und höhere Transferzahlungen notwendig machen.

Gegenwärtig wird viel darüber debattiert, ob Japan ein weiterer „Wohlfahrtsstaat“ werden und wie dieser Wohlfahrtsstaat aussehen soll. Vor allem von den sozialistischen Gruppen wurde immer wieder eine Übernahme britischer oder skandinavischer Vorbilder vorgeschlagen. In letzter Zeit scheint es allerdings, als ob diese nordeuropäischen Modelle in Anbetracht ihrer schwankenden sozialen Leistungen mißtrauischer betrachtet werden. Meiner Ansicht nach wird — und kann — eine Einführung öffentlicher Wohlfahrtsmaßnahmen in Japan aufgrund der eingebauten „Wohlfahrts“-Funktionen in der japanischen Familie, der Firma usw. nur allmählich und in begrenztem Umfang erfolgen.

Aus der Sicht des Ökonomen wird die Bereitstellung öffentlicher Güter wahrscheinlich mit Konflikten verbunden sein. Häufig scheint es zu Auseinandersetzungen darüber zu kommen, wie das Land auf Wohnhäuser, Fabriken, Kraftwerke usw. zu verteilen ist. Die Umweltprobleme werden typische Konfliktquellen sein. Höhere Steuerbelastungen werden zu schwerer Unzufriedenheit führen. Insgesamt wird die relative Expansion des Staatssektors wahrscheinlich mit einer Verschärfung der innenpolitischen Spannungen verbunden sein.

Inflatorische Tendenzen

Ebenso wie andere fortgeschrittene Volkswirtschaften wird sich auch die japanische mit einer Reihe von hartnäckigen cost-push-Faktoren konfrontiert sehen, einschließlich höherer Rohstoffpreise und höherer Kosten, die in Verbindung mit dem expandierenden öffentlichen Sektor anfallen. Die Löhne dürften

natürlich ein weiterer wichtiger cost-push-Faktor sein. Meiner Meinung nach wird jedoch der Lohnkostendruck in Japan wegen der Besonderheiten der japanischen Personalpolitik, auf die ich später eingehen werde, geringer als in der Mehrzahl der entwickelten Länder sein. Die Gefahr einer Lohn-Preis-Spirale wird weitgehend von der Militanz der Gewerkschaften des öffentlichen Sektors abhängen.

Im wirtschaftlichen Bereich gibt es also Anlaß zum Optimismus wie zum Pessimismus. Unter den Experten, einschließlich denen der Wirtschaftsplanungsbehörde, scheinen die Pessimisten in der Minderheit zu sein. Allerdings haben sie vor dem Hintergrund der säkularen industrialisierungsfeindlichen Strömung immer noch Einfluß auf die Öffentlichkeit.

Meiner Ansicht nach ist ihr Pessimismus nicht fundiert. Vieles spricht dafür, daß Japan in seinen wirtschaftlichen Leistungen andere Industrieländer übertrifft. Die wichtigsten Hindernisse, mit denen es in naher Zukunft fertig werden muß, sind das völlige Fehlen eigener Rohstoffvorkommen einerseits und die hohe Bevölkerungsdichte in den großstädtischen Ballungsgebieten andererseits. Aus diesen beiden Schwächen ergeben sich die strengeren Umweltschutzmaßnahmen bzw. die außerordentlich starke Abhängigkeit von den Weltmärkten. Für Umweltschutzmaßnahmen werden von den bisher erreichten 10 % Wachstum nach meiner Schätzung höchstens 2 % aufgewendet werden müssen. Bei einer weiterhin hohen Sparrate und einer starken Leistungsmotivation können Japans wirtschaftliche Leistungen bedeutend bleiben, wenn keine ernstlichen Störungen im internationalen Handel mit Rohstoffen, einschließlich Öl, auftreten. Das Problem besteht wohl darin, wie reibungs-

los man sich an die Verlangsamung des Wachstums anpassen soll und wie die Störungen im internationalen Handel aufzufangen sind. Dies ist in erster Linie eine politische Frage.

Dennoch besteht immer noch die Möglichkeit, daß unter dem konservativen Regime ein pessimistischer Kurs eingeschlagen wird. Meiner Ansicht nach würde solch ein verlangsamter Kurs zu fortwährendem deflationärem Druck führen, der unter den gegenwärtigen Umständen auf eine Stagflation hinauslaufen würde. Ernste politische und soziale Probleme, u. a. Arbeitslosigkeit und ein Zurückbleiben der Wohlfahrtspolitik, würden folgen. In den kommenden zehn Jahren wird die japanische Gesellschaft eine Übergangsphase durchlaufen. Für diese Übergangsperiode ist eine unmittelbare wirtschaftspolitische Gefahr in einem übertriebenen wirtschaftlichen Pessimismus zu sehen, nicht aber in einem übertriebenen wirtschaftlichen Optimismus.

Änderungen der Gesellschaftsstruktur

Im Laufe einer hundertjährigen Modernisierung war die soziologische Struktur der japanischen Gesellschaft beträchtlichen Wandlungen unterworfen. In diesem Prozeß kam der Idee des „*ye*“ – wörtlich: „das Haus“ – wahrscheinlich eine zentrale strategische Rolle zu. Eine soziologische Analyse des *ye* ist ein viel zu umfassendes Thema, um hier im Detail behandelt zu werden. Das *ye* ist eine ausschließlich japanische funktionelle Organisation oder Betriebseinheit, die der erweiterten Familie, der patriarchalischen oder patrimonialen Ordnung ähnelt, aber keiner von ihnen genau entspricht. Schon im zehnten Jahrhundert bildete sich das *ye* in embryonaler Form in den östlichen Grenzgebieten Japans als Betrieb mit dualen – militärischen und land-

wirtschaftlichen – Funktionen heraus. Seit dieser Zeit sind die so gewonnenen organisatorischen Erfahrungen auf verschiedene japanische Kollektive angewandt worden. In der Tokujawa-Ära bis 1868 war das Organisationsprinzip des *ye* in dem *han*, dem quasi-bürokratisierten Verwaltungsbezirk des Samurai-Grafen, ebenso verkörpert wie in den privilegierten großen Handelsunternehmen. Auch die Familien der Samurai-Krieger – die in der friedlichen Tokujawa-Ära in Wirklichkeit die Quasi-Bürokraten jedes einzelnen *han* waren – waren nach diesem Prinzip geformt.

Durch die Meiji-Restauration im Jahre 1868 wurden die *hans* aufgelöst und das auf ihnen basierende regional dezentralisierte System abgeschafft. Der jetzt nicht mehr bestehende Meiji Civil Code versuchte jedoch, die Merkmale der Samurai-Familie zu legalisieren; jede Familie sollte im Meiji-Japan die Samurai-Familie nachahmen. Im Laufe der Industrialisierung zerfiel die Familie jedoch allmählich. Nach dem Ersten Weltkrieg war dieser Zerfall der städtischen Familien schon weit fortgeschritten. Andererseits begann zur selben Zeit die Organisation der japanischen Unternehmen als moderne Variante des *ye*-Prinzips. Zu Beginn des Zweiten Weltkrieges war das Prinzip der Familie im Abstieg befindlich, während das Organisationsprinzip der japanischen Unternehmen das Versuchsstadium durchlaufen hatte und sich weiter ausbreitete.

Die im Rahmen der amerikanischen Besetzung erfolgten radikalen Gesetzesänderungen raubten die Familie ihrer früheren gesetzesmäßigen Autorität, und die darauf folgende schnelle Urbanisierung beschleunigte ihren Zerfall; die japanische Firma dagegen verstärkte und verfeinerte ihre personalwirtschaftlichen Praktiken: Beschäftigung

auf Lebenszeit, Anwerbung direkt von der Schule, Aufstieg nach Dienstalter, firmeninterner Sozialplan, Firmengewerkschaft usw. Die Änderungen der japanischen Gesellschaftsstruktur können so als Ergebnis zweier asynchron verlaufender Tendenzen betrachtet werden – des Abstiegs der Familie und des Aufstiegs der Geschäftsfirma.

Widerstandsfähigkeit gegen die Desintegration

Im Augenblick scheint die soziologische Grundstruktur der japanischen Gesellschaft recht widerstandsfähig gegen zersetzende Einflüsse und in diesem Sinne stabil – wahrscheinlich stabiler als die der meisten Industrieländer – zu sein. Die Verbrechensquoten z. B. sind sehr niedrig und nahmen außerdem zum größten Teil – abgesehen von Ladendiebstählen bei Frauen der Mittelschicht – in den letzten zehn Jahren ab. Die Raten der Jugendkriminalität sind ebenfalls bemerkenswert niedrig. Die Scheidungsrate steigt zwar sehr langsam, ist aber noch recht geringfügig, so daß es in Japan nur sehr wenige vaterlose Familien gibt. Die Zahl der Fürsorgeempfänger ist – teilweise weil es vaterlose Familien so selten gibt – extrem niedrig und fällt außerdem. Der Prozentsatz der in Wohn- oder Pflegeheimen untergebrachten Alten ist im Vergleich zu den bei ihren Kindern oder in ihren eigenen Wohnungen lebenden sehr gering. Das Problem der wohnungslosen Alten ist daher in Japan weniger ernst.

Diese Tatsachen weisen auf ein charakteristisches Merkmal Japans hin: Es gibt dort keine Außenseiter; alle Japaner gehören zu Kollektiven der *ye*-Art wie Familie, Arbeitsplatz, Schule und dergleichen und werden hier betreut. Der westliche Beobachter mag im japanischen Charakter einen Mangel an Individualismus feststellen und diesen häufig kritisieren. Offensichtliche Tatsache bleibt aber, daß der Durchschnittsjapaner mit großer Wahrscheinlichkeit kein abweichendes Verhalten zeigen wird. Damit ist aber auch die Wahrscheinlichkeit groß, daß in der japanischen Gesellschaft insgesamt alles in geregelten Bahnen verläuft.

Stabilisierende Faktoren

Der Hauptgrund für diese Stabilität ist offensichtlich. Verschiedene japanische Kollektive der *ye*-Art funktionieren immer noch. Vor allem die Arbeitsplätze prägen das Leben des Durchschnittsjapaners. Wegen ihrer einzigartigen personalpolitischen Praktiken ähnelt die japanische Firma einem Gemeinwesen. Im Vergleich mit den Arbeitnehmern in den westlichen Ländern sind die Japaner ihren Arbeitsplätzen stärker verhaftet und fühlen sich dort auch wohler.

Ein anderes Beispiel ist die Familienbindung. Sie wird zwar schwächer, ist aber im Vergleich zu den meisten anderen entwickelten Ländern immer noch recht stark. Bei einer kürzlich erfolgten Umfrage vertraten mehr als 70 % der Befragten die

Ansicht, daß alte Leute bei ihren Söhnen oder Töchtern leben sollten. Ein weiteres Beispiel des japanischen Kollektivwesens bietet die Schule. Einer kürzlich erschienenen vergleichenden Studie ist zu entnehmen, daß die japanischen Schüler ihren Schulen positiver gegenüberstehen als die Schüler anderer Länder. Ebenso wie die Menschen in den westlichen Ländern ist natürlich auch der durchschnittliche Japaner – sogar innerhalb seiner Organisationen – psychologischen Spannungen und Antagonismen ausgesetzt; diese Gefühle werden jedoch in einigen gemeinwesenartigen Organisationen, vor allem an den Arbeitsplätzen gemildert, aufgefangen und absorbiert.

Ein weiterer möglicher Grund für die Stabilität dürfte einer Überprüfung wert sein: die ethnische und kulturelle Homogenität des japanischen Volkes. Japan ist eine geographisch isolierte Inselnation und besitzt seit fast zweitausend Jahren eine ethnisch fast homogene Gesellschaft. Auch institutionalisierte Klassenunterschiede gibt es im Nachkriegs-Japan nur in geringem Maße. Meiner Ansicht nach wird dieser Faktor jedoch häufig überschätzt. Homogenität – vor allem kulturelle Homogenität – mag zwar die Wahrscheinlichkeit von Mißverständnissen und emotionalen Friktionen vermindern und so indirekt zur nationalen Integration beitragen. In dieser Hinsicht würde aber z. B. religiöse Homogenität möglicherweise wirkungsvoller sein. Eine aus mehr als 100 Mill.

BIBLIOGRAPHIE DER WIRTSCHAFTSPRESSE

Herausgeber: HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg
Quellennachweis mit Legende zu Aufsätzen aus in- und ausländischen Fachzeitschriften (monatlich rd. 350 Titel)

Jahresbezugspreis DM 180,-

V E R L A G W E L T A R C H I V G M B H - H A M B U R G

Menschen bestehende Gesellschaft kann sich sicherlich nicht einfach auf ihre kulturelle Homogenität verlassen, sondern benötigt ein weitverzweigtes Netz von Organisationen. Sollte das System der japanischen Organisationen aufhören zu funktionieren, so würde der Faktor Homogenität lediglich eine abmildernde Wirkung haben.

Privatisierung oder Individualisierung?

Das bevorstehende soziologische Problem besteht daher meiner Ansicht nach darin, ob die einzigartigen gemeinwesenartigen Organisationen in Japan weiter fortbestehen werden. Die Meinungen hierüber sind selbst unter Fachleuten geteilt. Auf der einen Seite scheinen die Japaner, die in städtischen und zunehmend wohlhabenden Verhältnissen leben – insbesondere die jüngere Generation –, in ihrem Verhalten Zeichen von Individualisierung oder Privatisierung zu zeigen. Die japanischen Jugendlichen gleichen ihr Verhalten immer stärker dem der westlichen Jugend an. Sie kleiden sich wie Amerikaner oder Europäer. Sie bevorzugen die Beatles oder Bob Dylan. Es ist durchaus möglich, daß sich ihr Hauptinteresse von ihren Arbeitsplätzen weg auf andere Aspekte des Lebens verlagert. Sie dürften auch ihren Firmen, Schulen und Familien gegenüber weniger loyal sein. Ihre Wertorientierung wird eher konsumbezogen – oder auf sich selbst bezogen und sogar hedonistisch – als der Allgemeinheit förderlich sein.

Auf der anderen Seite läßt sich immer noch darüber streiten, ob sich die japanische Jugend wirklich den westlichen Werten annähert. Der amerikanische Soziologe Nathan Glazer schrieb in einem kürzlich erschienenen Artikel: „Japan verändert sich, unterscheidet sich aber in seinen Grundwerten

weiterhin erheblich von den westlichen Gesellschaften.“ Es ist eine vertretbare Ansicht, daß der Durchschnittsjapaner – und dies gilt auch für die jüngeren – sein äußeres Verhalten ändert, innerlich aber noch kollektiv orientiert ist. Wenn dies der Fall ist, werden die japanischen Organisationen wenigstens in einer Form – wahrscheinlich in der der Firma – als wichtiger Bestandteil der Gesellschaft überleben müssen, vorausgesetzt, daß das organisatorische Know-how dem neuen Lebensstil in geeigneter Weise angepaßt wird. Die unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten entscheidende Frage ist, ob dieses überlebensfähige Kollektiv die japanische Firma sein wird oder nicht.

Ein verwandtes Problem ist das Problem der Arbeitsmoral oder der Bewertung der Leistung. Es ist häufig zu beobachten, daß die Arbeitsmoral in hochentwickelten, wohlhabenden Gesellschaften sinkt. Auf der Grundlage einiger Umfrageergebnisse möchte ich behaupten, daß die Arbeitsmoral in Japan gut bleiben und die Leistung weiter hoch bewertet werden wird. In Japan scheint das Leistungsstreben mit dem Streben nach Zugehörigkeit zu einer Gruppe positiv korreliert zu sein, während in den westlichen Gesellschaften in dieser Beziehung eine negative Korrelation vorzuliegen scheint. Hieraus könnte man schließen, daß das Fortbestehen der Arbeitsmoral zu einer verstärkten Gruppenorientierung beitragen wird.

Gesellschaft am Scheideweg

Eine Gesamtbeurteilung ist schwierig. Ich neige eher zu einer negativen Ansicht in dem Sinne, daß die japanischen Arbeitsplätze einem allmählichen, aber grundlegenden Wandel unterworfen sein werden. Denn erstens sind solche spezifisch japanischen personalwirtschaft-

lichen Praktiken wie Beschäftigung auf Lebenszeit, das Senioritätssystem usw. vom Wachstum der Firma und damit vom Wachstum der gesamten Wirtschaft abhängig. Und da sich das Wachstum der japanischen Wirtschaft verlangsamt, werden viele Firmen Schwierigkeiten haben, ihre zumindest auf kurze Sicht kostspieligen Personalpolitiken weiterzuverfolgen. Zweitens wird, wie ich noch zeigen werde, die öffentliche Meinung im städtischen Bereich der früheren wirtschaftsfreundlichen Regierungspolitik – und damit der Wirtschaft selbst – wahrscheinlich kritisch gegenüberstehen. Die Firma dürfte ihre Legitimität als wesentlicher Bestandteil der japanischen Gesellschaft verlieren. Der Arbeitsplatz wird nicht mehr *die* Gemeinschaft sein, zu der der Durchschnittsjapaner gehört, sondern nur noch eine von mehreren Gruppen, die ihn betreuen.

Die japanische Gesellschaft befindet sich vielleicht am Scheideweg zwischen dem schwächer werdenden Kollektivismus der *ye*-Art und dem sich ausbreitenden Einfluß der Individualisierung oder Privatisierung. Keiner von beiden, weder der aggressive Individualismus noch der vergangenheitsorientierte Kollektivismus, kann die Antwort sein. Sie liegt wohl in der Kombination beider Elemente. Bevor diese optimale Kombination erreicht ist, werden jedoch eine Reihe gefährlicher Versuche und Fehlschläge insgesamt eine eher desintegrierende als integrierende Wirkung haben. Diese Wirkung wird allerdings erst allmählich – von Generation zu Generation – eintreten.

Die politische Dimension

Wie ich zu zeigen versucht habe, werden die ökonomischen Probleme für sich genommen gelöst werden, wenn in der Wahl der Politiken keine schwe-

ren Fehler gemacht werden. Die soziologischen Faktoren deuten auf lange Sicht eher auf einen desintegrierenden als auf einen integrierenden Einfluß hin; diese Entwicklung wird sich allerdings nur langsam vollziehen. Ein unmittelbares Versagen ist meiner Ansicht nach allenfalls im politischen Bereich zu erwarten. Die Frage ist, ob das im Nachkriegsjapan existierende politische System in der Lage sein wird, die schwieriger und größer werdenden Aufgaben im wirtschaftlichen und soziologischen Bereich sowie im politischen Bereich selbst zu bewältigen.

Im Verlaufe der Nachkriegsperiode des schnellen Wachstums hat sich die konservative „pluralistische Hegemonie“ so fest etabliert, daß sie fast monolithisch wirkt. Die Bezeichnung „Japan, Incorporated“ hat sich unter den Beobachtern aus dem Ausland eingebürgert. Hierbei handelt es sich allerdings um eine Übertreibung. Die konservative Hegemonie der Nachkriegszeit ist, ebenso wie die Vorkriegsordnung, im Grunde pluralistisch und nicht völlig frei von der Gefahr der Auflösung oder zumindest des Stillstandes. Daß ein derartiges Versagen vermieden werden konnte, lag hauptsächlich an dem dauerhaften Konsens über wirtschaftliches Wachstum als vorrangiges nationales Ziel und an den auf diesem Gebiet erzielten Erfolgen.

Dieses Ziel ist jedoch heute fast erreicht und verliert damit zunehmend an Bedeutung. Der empfindliche Mechanismus der pluralistischen Hegemonie dürfte dieses wichtige Bindeglied verlieren. Außerdem verändern die äußerst starke Urbanisierung und Landflucht die Grundstrukturen der Wählerschaft im gesamten Japan. Eine Verringerung der ländlichen Bevölkerung beinhaltet eine Erosion des konservativen Wählerpotentials. Die liberaldemokratische Partei

(LDP) wird dadurch gezwungen, ihre Zielrichtung von den Bauern weg auf die städtischen „white collar workers“ zu verlagern.

Mit der städtischen Mittelklasse als Zielgruppe muß die LDP das Schwergewicht eher auf Umweltschutz als auf Industrieförderung, eher auf Inflations- als auf Rezessionsbekämpfung sowie auf wohlfahrtspolitische Maßnahmen legen. Diese geänderten Politiken dürften in zunehmendem Maße Friktionen zwischen der LDP und der Wirtschaft zur Folge haben. Auf der anderen Seite wird die Bürokratie angesichts des verschwommener werdenden nationalen Zieles vermutlich weniger sicher sein, sich vorsichtiger zu verhalten und sich wohl stärker nach Präzedenzfällen auszurichten. Wenn die pluralistische Hegemonie der Nachkriegszeit sich schon nicht auflöst, so wird sie doch ihre Kraft und ihren Zusammenhalt verlieren.

Feuerprobe für die parlamentarische Demokratie

In gewissem Sinne ist die Hegemonie in den letzten zwanzig Jahren zu erfolgreich gewesen. Angesichts der überwältigenden konservativen Stimmenmehrheit waren die Oppositionsparteien ständig frustriert und befaßten sich mehr mit ideologischen „show-ups“ als mit systematischen politischen Vorschlägen. Zu Auseinandersetzungen kam es nur über ideologische Themen etwa aus dem Bereich der Außenpolitik oder der Erziehung. Andere innenpolitische Bereiche wurden von den Bürokraten und den LDP-Politikern, bei denen es sich meist um Ex-Bürokraten handelt, für sich monopolisiert. Das Parlament hat somit als Organ zur Beurteilung und Koordinierung sinnvoller politischer Alternativen nicht funktioniert. Die Wählerschaft steht dem Parlament, dem angeblich höchsten Organ der

Staatsmacht, mit Apathie gegenüber.

Das ganze politische System der Nachkriegszeit scheint und dies gilt für die Konservativen wie für die Opposition — die in der parlamentarischen Demokratie üblichen Praktiken insbesondere für Regierungswechsel, schlecht gerüstet sein. Ich sage nicht voraus, daß sich die Stimmenanteile der politischen Parteien drastisch ändern werden, obwohl sich gewisse Änderungen durch Korrekturen unbeabsichtigter Manipulationen, die durch die Zuzugewanderung in die Städte verursacht wurden, ergeben dürften. Die LDP wird wahrscheinlich mindestens 50% der gesamten Parlamentssitze behalten, und auch die Oppositionspartei werden ihre jeweiligen Anteile halten können. Dies bedeutet, daß sich die LDP in einigen Fällen in der Minorität befinden kann, und zwar aufgrund von Pendelwählern in den Städten. Das Problem liegt darin, daß weder die LDP noch die Oppositionsparteien auf einen Regierungswechsel vorbereitet sind. Dasselbe gilt für die Bürokrat

Die Gesellschaft wird sich während des Übergangs an eine ökonomische Ära in Einklang mit wirtschaftlicher Verlangung anzupassen haben. Eine Reihe institutioneller Änderungen wird erforderlich sein. Japan wird sich allmählich aus der Pax Americana lösen und in dieser konflikträchtigen multipolaren Welt seinen eigenen außenpolitischen Kurs steuern müssen. All diese Aufgaben lasten schwer auf dem politischen System Japans, und aus diesen Gründen wird die japanische Politik nach etwas anderem als der pluralistischen Hegemonie suchen müssen. Das bedeutet wahrscheinlich, daß die japanische parlamentarische Demokratie jetzt die erste Feuerprobe ihrer Nachkriegsgeschichte bestehen haben wird.